



Presseschau vom 17.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

dan-news.info: „Heute um 20:25 haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer aus Richtung Marjinka auf den westlichen Rand von **Alexandrowka** mit Mörsern des Kalibers 82 und 120mm, Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung Ruslan Jakubow mit. „Um 21:30 hat der Gegner den Beschuss von **Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** fortgesetzt“.

Unter das Feuer der feindlichen Einheiten geriet auch **Staromichajlowka**. Insgesamt wurden von den Positionen der ukrainischen Armee 23 Mörsergeschosse abgeschossen. Es wurden Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Vormittags:

de.sputniknews.com: UN-Giftgasuntersuchung: Russland und USA scheitern mit Resolutionsentwürfen zu Syrien

Der UN-Sicherheitsrat hat das Mandat der Kommission, die Giftgasattacken in Syrien untersucht und am 17. November ausläuft, nicht verlängern können. Dies berichtet die Agentur AP.

Russland und die USA haben Versuche unternommen, ihre Resolutionsentwürfe über die Terminverlängerung für die UN-Giftgasuntersuchung in Syrien durchzusetzen. Um das jeweilige Dokument zu verabschieden, wären neun von insgesamt 15 Stimmen sowie kein Veto seitens der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates notwendig gewesen.

Den von Russland vorgelegten Resolutionsentwurf unterstützten China, Bolivien und Kasachstan. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden, die Ukraine, Italien und Uruguay stimmten dagegen. Weitere vier Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – Äthiopien, Japan, Ägypten und Singapur – enthielten sich der Stimme.

Für den von den USA vorgelegten Entwurf stimmten elf Länder. Dagegen stimmten Bolivien und Russland, das letzten Endes sein Veto einlegte, so die Agentur Reuters.

Das Mandat der Untersuchungskommission läuft am 17. November aus.

Im Oktober hatte das US-Außenministerium in einer Reisewarnung einräumen müssen, dass Terroristen der mit „Dschabhat an-Nusra“ verbundenen Terrormiliz „Hayat Tahrir al-Sham“ in Syrien Chemiewaffen einsetzen.

Syrische Rebellen hatten Anfang April bei einer Giftgas-Attacke in der Stadt Chan Scheichun in der nordwestlichen Provinz Idlib rund 80 Tote und 200 Verletzte gemeldet und die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht. Die syrische Armee wies diese Vorwürfe entschieden zurück. Schon drei Tage später feuerte die US Navy aus dem Mittelmeer Dutzende Tomahawk-Raketen auf den syrischen Militärflugplatz Schairat ab – völkerrechtswidrig. Beweise für eine Schuld der syrischen Regierung gibt es bisher keine.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Krasnyj Jar, Sokolniki, Kalinowka, Logwinowo und Sheltoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Weißes Haus über Trumps wahre Haltung zu Putin

Donald Trump ist der Meinung, dass eine Zusammenarbeit mit Russland sinnvoller ist, als sich mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu streiten, sagte die Sprecherin des US-Präsidenten, Sarah Sanders.

„Wie der Präsident schon oft zuvor geäußert hat, hält er Schlagabtausch mit Wladimir Putin nicht für hilfreich. Aber er ist der Meinung, dass es Bereiche gibt, in denen wir mit Russland zusammenarbeiten können, vor allem, wenn es um Syrien, Nordkorea oder andere große globale Probleme geht, mit denen die Welt konfrontiert ist“, so Sanders am Donnerstagabend bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus.

Bei der Reise nach Vietnam, wo er sich mit Präsident Putin getroffen hatte, sei dies der Schwerpunkt des US-Staatschefs gewesen. Und er werde auch weiterhin nach Möglichkeiten Ausschau halten, wie man mit Moskau so zusammenarbeiten könne, dass dies auch für Amerika hilfreich sei.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump via Twitter über seine Eindrücke vom jüngsten Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin berichtet.

„Ich habe mich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin getroffen, der beim APEC-Gipfel war. Gute Diskussion über Syrien. Ich hoffe auf seine und Chinas Hilfe, um die gefährliche Nordkorea-Krise zu regeln. Fortschritt“, twitterte Trump am vergangenen Sonntag.

„Wann werden alle Hasser und Dummköpfe endlich begreifen, dass eine gute Beziehung zu Russland eine gute und keine schlechte Sache ist. Ich will eine Lösung (der Krisen – Anm. d. Red.) in Nordkorea, in Syrien, hinsichtlich des Terrorismus, und Russland kann großartig

dabei helfen!“, schrieb er weiter.

Bereits am Samstag hatte sich Trump positiv zum Treffen mit seinem russischen Amtskollegen geäußert. „Nach ein paar Gesprächen hatten wir gute Eindrücke“, sagte er am Rande des APEC-Gipfels im vietnamesischen Da Nang.

Unter anderem hatten Putin und Trump am Samstag eine gemeinsame Erklärung zu Syrien gebilligt. Das Dokument wurde von Experten beider Länder vorbereitet und von den Außenamtschefs Sergej Lawrow und Rex Tillerson abgestimmt, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erläuterte. Die Erklärung wurde ihm zufolge speziell für das Treffen im vietnamesischen Da Nang vorbereitet

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 37 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 19 Ortschaften der Republik mit Artillerie des Kalibers 152mm, Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Zerstörungen:

- im Gebiet von Leninskoje wurde in der Folge eines Beschusses eine Stromleitung beschädigt, Kominternowo, Saitschenko, Nowoaja Tawrija, Leninskoje, Dsershinkoje haben keinen Strom.

de.sputniknews.com: Pentagon gesteht: USA verlieren militärischen Vorrang an Russland

Die USA verlieren laut dem Generalstabschef der US-Streitkräfte Joseph Dunford ihren Vorrang vor Russland und China. Einen Videoausschnitt aus seiner Rede an der Tufts University im US-Bundesstaat Massachusetts verbreitete das Pentagon.

Dunford betonte demnach, dass Russland, China und andere Länder die US-Methoden der Kriegführung seit dem Krieg von 1990 am Persischen Golf untersucht hätten. Sie sollen eigene Möglichkeiten und Strategien erarbeitet haben, die den Vorteil der amerikanischen Moskau und Peking haben ihre Finanzmittel und Ressourcen Dunford zufolge auf Bereiche wie die elektronische Kriegführung, Cybermöglichkeiten, den Kampf gegen Satelliten sowie ballistische Schiffsabwehrraketen und —marschflugkörper konzentriert. All diese Systeme seien dafür bestimmt, die US-Amerikaner daran zu hindern, ihre Macht auf die Regionen Pazifik und Europa auszuweiten und ihren Verpflichtungen gegenüber Verbündeten nachzukommen.

„In den letzten zehn bis 15 Jahren schwammen unsere Vorteile im Waffenbereich fort. Unser Vorrang ist nicht mehr so überzeugend, wie er vor Jahren war“, sagte der Generalstabschef. Er äußerte zugleich die Zuversicht, dass Russland keinen Krieg gegen die USA oder die Nato entfesseln werde. Stattdessen habe Moskau in den letzten Jahren vor allem seinen politischen Einfluss, wirtschaftlichen Druck sowie Informationsressourcen für die Durchsetzung eigener Interessen genutzt

de.sputniknews.com: „Eine Starke Gestalt“: Zeman über Aufstieg Russlands auf Augenhöhe mit USA und China

Mit Hilfe einer starken Persönlichkeit an seiner Spitze hat Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion vermocht, auf Augenhöhe mit den USA und China zu gelangen, meint der tschechische Staatspräsident Milos Zeman. In Europa könne man dagegen bis heute keinen souveränen Ansprechpartner finden.

„Anfang der 1990er Jahre hat sich (in der ehemaligen UdSSR, Anm. d. Red.) eine Situation des Zerfalls ergeben. Ich möchte die Schuld dafür nicht Boris Jelzin oder sonst jemandem persönlich in die Schuhe schieben. Es fand ein Treffen in der Beloweschskaja Puschtscha statt, wo die Beteiligten nach reichlichem Alkoholkonsum beschlossen, dass (anstelle der

Sowjetunion, Anm. d. Red.) selbständige Staaten entstehen“, sagte Zeman in einem Interview für den Sender „TV Barrandov“.

Danach habe sich die zweite Phase des Zerfalls angebahnt – es ertönten Unabhängigkeitserklärungen aus einigen Regionen Russlands. „Um dies zu verhindern, um nicht alles mit einer Desintegration enden zu lassen, braucht jedes Land, Russland nicht ausgenommen, eine starke Persönlichkeit an der Spitze. Und da Russland eine so starke Persönlichkeit gefunden hat, begann es allmählich seinen Aufstieg – jetzt spielt Russland eine gleichberechtigte Rolle als Partner Chinas und der Vereinigten Staaten“, betonte Zeman. „Was jedoch Europa als Partner angeht, so ist die Frage von (Ex-US-Außenminister Henry) Kissinger noch immer relevant: ‚Wie lautet die Telefonnummer von Europa?‘ – eben deswegen, weil an der Spitze der EU immer noch keine starke, ich betone: keine starke Persönlichkeit steht“, fügte er hinzu

Dnr-online.ru: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 37, teilte die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination mit.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen (es folgt eine genau Aufzählung der verwendeten Waffenarten und der Zahl der Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Folge der Beschüsse gab es folgende Schäden:

- Golmowskij, Selidowskaja-Str. 31 - Splitterschäden an der Gasleitung eines privaten Wohnhauses;
- Golmowskij, Straße der Sowjetischen Armee 54 – Splitterschäden an der Gasleitung, dem Dach, der Verglasung eines privaten Wohnhauses;
- Talakowka – Leninskoje, in der Folge eines Beschusses wurde eine Stromleitung beschädigt, fünf Ortschaften – Kominternowo, Saitschenko, Nowaja Tawarija, Leninskoje, Dsershinkoje – haben keinen Strom;
- Donezk, Kujbyschewskij-Bezirk, Korabelnaja-Straße 65 – die Verglasung, die Fassade und die Garage eines Hauses wurden beschädigt, ebenfalls zwei leichte Fahrzeuge;
- Donezk, Petrowskij-Bezirk, Tschenogorskaja-Straße 27 – zwei Fensterblöcke des Hauses wurden beschädigt;
- Donezk, Tschernogorskaja-Straße 29 – eine Sommerküche wurde zerstört.

Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte 80 Raketen mit einem Mehrfachraketenwerfer „Grad“ aus Richtung der Awdejewker Kokerei abgeschossen.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschossen beträgt 817. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der abgeschossenen Geschosse 982.

de.sputniknews.com: Verträge mit 26 Ländern: Moskau baut Militärkooperation aus
Russland hat laut dem Chef des Nationalen Verteidigungszentrums, Generalleutnant Michail Misinzew, in den letzten fünf Jahren mit 26 Ländern Verträge über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet.

„Zusammen mit dem Außenministerium führen wir eine effektive Arbeit zum Aufbau einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Militärbereich“, sagte Misinzew am Freitag bei einer Konferenz.

Der Generalleutnant ging zudem gesondert auf die Arbeit der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ein. Derzeit wird Misinzew zufolge das System der zwischenstaatlichen Kooperation im Rahmen der OVKS vorbereitet, das einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit Russlands und seiner Verbündeten leisten werde.

ukrinform.ua: Rund 100 Kesselwagen mit Kraftstoff in den Donbass
Russland hat in der letzten Woche aktiv Kraftstoff in die besetzten Gebiete der Ukraine
geliefert.

Das teilte der Leiter der Gruppe „Informationswiderstand“ Dmytro Tymtschuk auf Facebook
mit. Mindestens 110 Kesselwagen mit Kraftstoff, vor allem mit Diesel seien in diesem
Zeitraum in Jenakiewe eingetroffen. Laut Kennzeichnung würden die Wagen den Russischen
Eisenbahnen (RZD) gehören. Nach Angaben von Tymtschuk hätten dann Militärfahrzeuge
Kraftstoff in militärische Einheiten der „Volksrepublik Donezk“ gebracht.

de.sputniknews.com: **„Beispiellose Hilfe“: Geheimarchiv zeigt sowjetische Unterstützung für Polen im Krieg**

Das russische Verteidigungsministerium hat bislang geheime Archivadokumente veröffentlicht,
die umfassende Hilfslieferungen der Sowjetunion an die Bevölkerung befreiter polnischer
Gebiete in den Jahren 1944 und 1945 belegen. Nach Einschätzung des Moskauer
Ministeriums war das Ausmaß der Hilfe beispiellos.

Demnach waren allein in den Jahren 1944 und 1945 aus der Reserve der Roten Armee rund
150.000 Rinder sowie 8000 Tonnen Fleisch und 1000 Tonnen pflanzliche Fette für die
Verteilung unter der polnischen Bevölkerung, insbesondere unter Flüchtlingen und
notleidenden Bauern, geliefert worden.

Allein vom März bis November 1945 stellte die Sowjetunion der damaligen polnischen
Übergangsregierung mehr als 130.000 Tonnen Lebensmittel sowie 20.000 Tonnen
Baumwolle, 100.000 Tonnen Leder und mehr als 2000 Lastwagen zur Verfügung.

Aus der Reserve der 1. und 2. Weißrussischen Front und der 3. Ukrainischen Front wurden
8.000 Tonnen Fleisch für die polnischen Eisenbahn- und Kohlearbeiter übergeben. Zudem
wurden laut den Unterlagen Kleidung, Saatgut, Landmaschinen und Flugzeuge in großem Stil
geliefert.

Darüber hinaus informiert das Archiv über den Wiederaufbau der polnischen Infrastruktur, die
von der sich zurückziehenden Wehrmacht zerstört worden war. Demnach hat allein die 1.

Weißrussische Front der Roten Armee 5.000 Kilometer Schienen, 12.500 Kilometer
Stromleitungen und mehr als 30 Kilometer Brücken instandgesetzt bzw. neugebaut.

Die Archivunterlagen in vollem Umfang sind auf dieser Seite in russischer Original-Sprache
abrufbar. Anlass für ihre Freigabe war das seit Oktober geltende Entkommunisierungsgesetz
in Polen und der mit ihm verbundene Abriss des Denkmals der Dankbarkeit an die Rote
Armee im polnischen Stettin.

„Mit der Veröffentlichung der historischen Dokumente will das Verteidigungsministerium der
Geschichtsfälschung begegnen“, hieß es aus dem Moskauer Verteidigungsamt.

Bei der Befreiung von Polen zwischen 1944 und 1945 waren 600.000 sowjetische Soldaten
getötet worden. In den Nazi-Lagern auf polnischem Territorium waren während des Zweiten
Weltkrieges etwa 700.000 sowjetische Militärgefangene ums Leben gekommen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31833/15/318331530.jpg>

dnr-news.com: Das Außenministerium der RF: die Änderungen im Gesetz über die Veteranen löscht Kiew die Vergangenheit des Landes aus

Die Veränderungen im Gesetz über die Veteranen ist eine empörende Manifestation der Politik Kiews, die darauf abzielt, die historische Vergangenheit des eigenen Landes zu beseitigen, heißt es im Kommentar des Außenministeriums der RF, der auf der Webseite der Behörde veröffentlicht wurde.

Das Parlament der Ukraine hatte zuvor aus dem Gesetz „Über den Status der Kriegsveteranen und der Garantien ihres sozialen Schutzes“ den Verweis auf den Großen Vaterländischen Krieg entfernt und durch den Begriff „II. Weltkrieg“ ersetzt. Einen solchen Beschluss unterstützten 241 Parlamentarier bei mindestens 226 nötigen Stimmen am Dienstag.

„Dies ist eine himmelschreiende Manifestation der Politik der Kiewer Regierung, die auf die gewaltsame Auslöschung der historischen Vergangenheit des eigenen Landes abzielt. Neben anderen ähnlichen Schritten – dem Abriss von Denkmälern, der massenhaften Umbenennung von Straßen und Ortschaften, dem Verbot der Georgsbändern“, heißt es im Kommentar des russischen Außenministeriums.

de.sputniknews.com: Neue Atombomben und Pershing-Comeback für Deutschland? – „INF-Vertrag in Gefahr“

US-Pläne zur Modernisierung von Atomwaffen in Europa, Atomwaffenübungen und Verletzungen von Rüstungskontrollen – das Wettrüsten geht in eine neue Runde.

Abrüstungsexperte Otfried Nassauer warnt vor einem Kalten Krieg 2.0.

Zwei Löffel Interessenkonflikte, ein Messbecher nuklearer Aufrüstung, eine Prise Misstrauen – das könnten die Zutaten für einen neuen Kalten Krieg sein. Von einem solchen möchte Otfried Nassauer, Atomwaffenexperte vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS), zwar nicht reden. „Aber ich würde von den Ingredienzen, also den Zutaten sprechen, die den Kalten Krieg damals ermöglicht haben“, sagte er gegenüber Sputnik.

Mit Sorge betrachtet Nassauer die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa und der Welt „Der große Trend des Abbaus der riesigen Potenziale atomarer Waffen, die während des Kalten Krieges existierten, könnte in den nächsten Jahren hin zu einer Renuklearisierung wieder umgekehrt werden.“

Der Atomwaffenexperte verweist darauf, dass die USA etwa 150 Atomsprengköpfe, die in

Europa lagern, modernisieren wollen. „Das sind alles Bomben, die von Flugzeugen abgeworfen werden. Im Moment wird eine modernere Version entwickelt, die etwas zielgenauer sein wird, die etwas weniger Sprengkraft haben wird und damit wahrscheinlich flexibler eingesetzt werden kann, als in der Vergangenheit.“

Neue Atomraketen nach Europa?

Auf der anderen Seite gebe es durchaus die Möglichkeit, dass auf Grund der gegenseitigen Vorwürfe zwischen Russland und den USA, den INF-Vertrag verletzt zu haben, auch neue nukleare Systeme nach Europa gebracht werden könnten, so Nassauer. In einem Bild-Zeitungs-Interview Anfang November hatte der Noch-Bundesaußenminister Sigmar Gabriel vor der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa gewarnt.

Es sei ein großer Fehler, dass der INF-Vertrag von 1987 zwischen der Sowjetunion und den USA, nach dem alle nuklearen Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite vernichtet werden sollen, heute nicht mehr besonders wertgeschätzt werde. Der Experte sieht als Problem, dass beide Seiten zunehmend einander misstrauen: „Konventionelle Rüstungskontrolle wird nicht ernstgemeint und es wird nicht auf russische geopolitische Interessen eingegangen. Der Mangel an Vertrauen führe dazu, dass die Rüstungskontrollvereinbarungen, die beide Seiten abgeschlossen haben, heute geringer geschätzt werden.“

Atomwaffenfreie „Jamaika-Koalition“?

Die Grünen stellten laut einem Zeitungsbericht in den aktuellen Sondierungsgesprächen mit Union und FDP „eine reale Gefahr des nuklearen Weltrüstens“ fest. Sie fordern, dass die künftige Bundesregierung den Atomwaffenabzug aus Deutschland vorantreibt und sich an dem Atomwaffenverbot, das 122 UN-Staaten unterschrieben haben, beteiligen soll.

Nassauer hält es nicht für besonders wahrscheinlich, dass sich die Grünen mit diesen Forderungen gegen die anderen Parteien durchsetzen werden:

„Eine Alternativmöglichkeit, dass die Grünen den Abzug fordern und dafür eine Zusage bekommen, dass nicht modernisiert werden soll, mag in der Bundesrepublik funktionieren. Aber wenn die bundesdeutsche Position in der Nato unter Druck gesetzt werden sollte, stellt sich die Frage, ob sich die Nato mit der Mehrheit der Koalitionspartner, die sowieso dafür wären, durchsetzen wird. Das könnte wahrscheinlich ein blaues Auge für die grüne Forderung bedeuten.“

Der BITS-Experte ist skeptisch, dass sich Berlin dem Atomwaffenverbot anschließt:

„Weil Deutschland am Atomwaffeneinsatz mitwirkt, werde man einen solchen Vertrag nicht unterstützen. Solange die Nato auf nukleare Abschreckung setzt, lassen sich die nicht nuklearen Nato-Mitglieder von den Nuklearmächten durchaus relativ leicht unter Druck setzen.“

Gefahr einer neuen Nuklear-Krise

Der Atomwaffenexperte wünscht sich am dringlichsten mehr Transparenz, „damit wir nicht in eine Situation wie während des Kalten Krieges kommen, in dem die Staaten sich gegenseitig misstrauen und das schlimmste unterstellen, dass sie bereit sind, wie beispielsweise in der Kubakrise bis an die Grenzen des Risikos eines Atomkrieges zu gehen.“

In einem Rundfunkbeitrag für den NDR wies Nassauer auf die Tweets und Äußerungen des US-Präsidenten Donald Trump hin. So bezeichnete Trump den New-START-Vertrag, eines der wichtigsten atomaren Rüstungskontrollabkommen mit Russland, als ein „einseitiges Geschäft“ zum Vorteil Russlands. Damit schlug er das Angebot des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Laufzeit dieses Vertrages um fünf Jahre zu verlängern, aus. Jüngst soll er sogar bei einer Sitzung im Weißen Haus eine Verzehnfachung des Atomwaffenbestandes der USA als sinnvoll bezeichnet haben. Es sei zwar ungeklärt, ob Trump das wirklich gesagt habe, seine Haltung habe sich aber wahrscheinlich zutreffend in einer anderen Äußerung gespiegelt: „Es wäre wunderbar, wenn wir vereinbaren könnten, dass kein Land Atomwaffen hat. Wenn und solange aber Länder Atomwaffen haben, werden wir an der Spitze des Rudels stehen“,

twitterte Trump dagegen letztes Jahr.

In wenigen Monaten müsse Trump konkreter werden, so Nassauer, und dem US-Kongress den sogenannten „Nuclear Posture Review“ vorlegen, einen Bericht über die Zukunft des Atomwaffenpotentials der USA und über die künftige Rolle nuklearer Waffen.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (**Wochenrückblick**)

In der letzten Woche wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der DVR Veranstaltungen zu Ehren des dritten Jahrestags der Bildung des Armeekorps, das unsere Grenzen gegen die ständigen Provokationen der ukrainischen Strafruppen schützt, durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden **37 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus durchgeführt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden ein Artilleriegeschoss des Kalibers 152mm, 92 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner zehn Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm, 89 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf die Gebiete von **fünf Ortschaften** abgeschossen.

In Richtung Gorlowka wurden die Gebiete von **Sajzewo und Golmowskij** beschossen, auf die der Gegner sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abschoss, außerdem wurde mit Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In der Folge des gestrigen Artilleriebeschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde eine Stromleitung beschädigt, wieder haben fünf Ortschaften – Kominternowo, Saitschenko, Nowaja Tawrija, Leninskoje, Dsershinskoje – keinen Strom.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 313 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt und 2019 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm sowie 80 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **25 Ortschaften der Republik** beschossen.

In der Folge von Beschüssen mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden zwei Häuser im Petrowskij-Bezirk von Donezk, zwei Häuser in Golmowskij und ein Haus im Kujbyschewskij-Bezirk der Stadt beschossen.

Bei der Verteidigung der Republik wurde **ein Soldat der Streitkräfte der DVR verletzt**.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im einzelnen wurden von unserer Aufklärung folgende Daten über Stationierungsorte festgehalten und an die Vertreter der OSZE übergeben:

- 3 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;
- 8 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;
- 1 Abwehrgeschütz SRK „Osa“.

Außerdem hat die OSZE-Mission in ihren Berichten das Fehlen von schweren Waffen an den Lagerorten festgestellt:

- 1 152mm-Haubitze „MSTA—B“;
- 4 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;
- 6 122mm-Haubitzen D-30;

22 100mm-Antipanzergeschützen „Rapira“;
17 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
45 T-64-Panzer;
35 120mm-Mörser.

Die zunehmende politische Krise, die wir zurzeit in der Ukraine sehen, zwingt die derzeitige militärisch-politische Führung in Kiew, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

So wurde nach Angaben unserer Aufklärung vom Sicherheitsdienst der Ukraine **Anweisungen an die Mitarbeiter, die Gegenaufklärungsfunktionen** in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte ausüben, gegeben. Uns gegenüber haben Quellen aus der 25. und 30. Brigade den Erhalt dieser Anweisungen bestätigt und das heißt, dass solche Anweisungen auch in anderen Verbänden der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der „ATO“-Zone befinden, eingetroffen sind.

In diesen Anweisungen sind die grundlegenden Richtungen der Tätigkeit festgelegt, namentlich:

- der **Ausbau von Geheimdienstnetzen in den Einheiten** der ukrainischen Streitkräfte, um **rechtswidrige Aktivitäten der Kommandeure aufzudecken**;
- die **Verstärkung der Wachsamkeit** in Bezug auf die **Aufdeckung und sofortige Unterbindung von Fällen politischer Aktivität gegen die derzeitige Regierung**;
- die **angegebenen Verluste unter den Soldaten zu kontrollieren** und zu verhindern, dass diese gegenüber dem Kommando und die wahren Ursachen des Tods gegenüber den Verwandten verheimlicht werden;
- die **Kontrolle der Kommandeure** der Truppenteile in Fragen der **Verteilung von Geldprämien sowie der Zuerkennung und dem Entzug von Zuschlägen** zum Sold für ihnen unterstellten Soldaten;
- die **Aufdeckung** von Fällen von nicht ordnungsgemäßigem Verhalten zwischen Soldaten auf Grundlage von **Konflikten zwischen Nationalitäten und politischen Meinungsverschiedenheiten**.

Die Ursache für diese Erlasse waren massenhafte Beschwerden über Kommandeure von Verwandten von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte an die zuständigen Organe. Wir schließen auch nicht aus, dass die Verstärkung der Kontrolle in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte von Seiten des Sicherheitsdienstes der Ukraine durch Direktiven, dem Wachsen von gegen die Regierung gerichteten Einstellungen in der Armee entgegenzuwirken, bedingt ist.

Durch zusätzliche Anweisungen, nun über das Verteidigungsministerium, wird den Kommandeuren von Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte vorgeschrieben, die Veröffentlichung von Daten über Fälle nicht ordnungsgemäßer Verhaltensweisen unter Soldaten auf dem Hintergrund politischer Meinungsverschiedenheiten zu unterbinden. Wenn solche Fälle auftreten, sind sofort die Offiziere der militärischen Gegenaufklärung zu informieren.

Dabei wurden von Mitarbeitern des SBU, die Aufgaben in der „ATO“-Zone erfüllen, bereits Fälle von Machenschaften und offenem Diebstahl durch das kommandierende Personal von Einheiten, Verbänden und Truppenteilen aufgedeckt.

So erbringen die vom Stab der „ATO“ durchgeführten Maßnahmen zur operativen und taktischen Tarnung nicht die gewünschten Ergebnisse, sondern sind in der Mehrheit der Fälle eine Fiktion.

Der Grund dafür ist, dass, wenn die Kommandeure aller Ebenen Anweisungen über eine operative Tarnung einer Verlagerung von Panzer- und Fahrzeugtechnik in einer bestimmten Zahl erhalten, sie tatsächlich erheblich weniger verlagern. Dabei wird dann der Treibstoff für die nicht transportierte Technik abgeschrieben.

Solche Fälle werden in der 25. Brigade und in den zu dieser hinzu kommandierten Einheiten der 95. und der 79. Brigade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt sowie in der 128. und 54.

Brigade, die versuchen eine starke Verteidigung zu imitieren, obwohl sie keine solchen Mittel haben.

Außerdem ist ein Mittel des Hinzuverdienstes für die Kommandeure von Verbänden und Truppenteilen an den vorderen Positionen die Abschreibung von Finanzmitteln und Material, die für den Ausbau der Positionen vorgesehen sind. Wie dies in der 53. mechanisierten Brigade getan wurde, die vor kurzem die „ATO“-Zone verlassen hat.

Darüber, wie viel davon tatsächlich bei den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in den Schützengräben ankommt, können wir uns aufgrund der Aufrufen mit einem Schrei um Hilfe von Soldaten der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte an die Führung des Landes und Freiwilligenorganisationen ein Urteil bilden.

Es muss angemerkt werden, dass die Mitarbeiter des SBU von den Problemen in der 53. und 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wussten und rechtzeitig hätten Maßnahmen ergreifen können. Aber aufgrund eines seltsamen Zusammentreffens von Umständen haben sie Partei für die Seite der in Korruption versunkenen Kommandeure ergriffen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies aufgrund von beträchtlichen finanziellen Zuwendungen geschah. Gesondert möchte ich auf den Besuch von P. Poroschenko am 16. November in Mariupol eingehen, der das Ziel hatte, den Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade zum Tag der Marineinfanterie der Ukraine zu gratulieren und sie auszuzeichnen.

Es ist bemerkenswert, dass diese Reise und die Gratulation auf dem Hintergrund einer offenen Konfrontation zwischen Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte und des Regiments „Asow“ der Nationalgarde der Ukraine stattfand.

Insbesondere wurde am 9. November in der Nacht an einem Checkpoint, der von „Asowern“ kontrolliert wird, eine Gruppe von Marineinfanteristen auf einem Lastwagen mit einer großen Zahl von Schusswaffen und Munition ohne irgendwelche Begleitpapiere festgenommen. Derzeit befinden sich die Infanteristen und die Waffen bei „Asow“ unter Arrest und zwischen den Kommandeuren dieser einander feindlich gegenüber stehenden Verbände werden Verhandlungen darüber geführt, dass für ein gewisses Lösegeld die Festgenommenen freigelassen werden und keine Berichte an die zuständigen Organe erfolgen.

Dabei hat der Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade die Anweisung gegeben, dass sich Einheiten der Brigade auf einen gewaltsamen Sturm des Stationierungsortes von „Asow“ in Mariupol vorbereiten für den Fall, dass es nicht zu einer solchen Vereinbarung kommt. Wie wir sehen, sind dem SBU alle Fakten über Verbrechen der ukrainischen Kämpfer gut bekannt, aber auf dem Hintergrund der in Kiew laufenden politischen Machenschaften werden keinerlei Handlungen unternommen.

Wir verbinden dies mit der Angst der derzeitigen Regierung der Ukraine vor einer Entfaltung eines neuen Konflikts zwischen den Militärs. Dabei tritt die Armee, die zu Beginn der „Revolution der Würde“ unpolitisch war und ein Jahr später hinter P. Poroschenko stand, jetzt in ihrer Mehrheit gegen die derzeitige Regierung auf.

Der Beginn von Strafverfahren gegen Kommandeure, unter deren Leitung sich bewaffnetes Personal mit Kampferfahrung befindet, kann zu einem militärischen Staatsstreich in der Ukraine führen. Dies fürchten die ukrainischen Politiker.

de.sputniknews.com: **Russland noch kein „Aggressor“ – Ukraine verschiebt Annahme von Gesetzesnovelle**

Falls es tatsächlich zu einem Gefangenen austausch zwischen der Ukraine und den selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk kommt, könnte das de facto zum Start einer neuen Wahlkampagne in der Ukraine werden, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaset“ am Freitag.

Die Anhänger und Gegner von Präsident Petro Poroschenko beobachten die Rolle, die dabei der Führer der Gesellschaftsbewegung „Ukrainische Wahl – Recht des Volkes“, Viktor Medwedtschuk, spielt. Experten glauben nicht, dass er am Wahlkampf teilnehmen wird, aber

er könnte die Wahl der Ukrainer am Ende des Tages mitprägen.

Am Donnerstag wollte die Werchowyna Rada (ukrainisches Parlament) einen Gesetzentwurf zu Kiews Politik gegenüber den „provisorisch okkupierten Territorien“ in den Gebieten Donezk und Lugansk in zweiter und dritter Lesung verabschieden. Aber am Mittwoch beschloss der Ausschuss für nationale Sicherheit und Verteidigung, die Abstimmung auf Dezember zu verschieben. Als formeller Grund wurde die Notwendigkeit zur Abstimmung der Position in mehreren Punkten angegeben.

Etwas konnten die Gesetzgeber auf der Stelle absprechen: Unter anderem wurde beschlossen, den Punkt über die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit Russland zu streichen. Außerdem werden in dem Dokument die Minsker Vereinbarungen nicht mehr erwähnt.

Dass die Behandlung des umstrittenen Gesetzentwurfs verlegt wurde, führt man in Kiew auf die jüngsten Fortschritte bei den Verhandlungen über den Gefangenenaustausch zwischen Kiew auf der einen Seite und Donezk und Lugansk auf der anderen zurück. Bekanntlich hatte Medwedtschuk vor einigen Tagen den russischen Präsidenten Wladimir Putin um Hilfe bei der Organisation des Austauschs gebeten.

„Wir haben zwar keine Möglichkeit, die nicht anerkannten Republiken irgendwie unter Druck zu setzen oder ihnen Aufträge zu geben, denn das sind Republiken, die ihr eigenes Leben leben“, sagte Putins Sprecher Dmitri Peskow. „Aber unser Präsident machte nie ein Hehl daraus, dass er die Möglichkeit hat, die Führung dieser Republiken zu etwas aufzurufen.“

Der Gefangenenaustausch war vor mehr als einem Jahr unterbrochen worden – wegen zahlreicher Kontroversen zwischen Kiew und den beiden abtrünnigen „Republiken“.

Medwedtschuk erinnerte, dass der Austausch laut den Minsker Vereinbarungen nach dem Prinzip „alle gegen alle“ erfolgen sollte, doch dies sei unmöglich gewesen.

„Die ukrainische Seite hat objektive Argumente legislativen Charakters, die den Austausch in vollem Umfang unmöglich machen“, betonte der Politiker. Nach seinen Worten sollten vor allem die Personen ausgetauscht werden, zu denen die Positionen der Konfliktseiten bereits vereinbart worden seien: 306 Personen sollte die ukrainische Seite den „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk überlassen. Dafür sollen 74 ukrainische Geiseln freigelassen werden. Bis Ende des Jahres könnten also 380 Personen heimkehren, unterstrich Medwedtschuk. Präsident Putin hatte ihm versprochen, mit den Chefs der abtrünnigen „Republiken“, Alexander Sachartschenko und Igor Plotnizki, dieses Thema am Telefon zu besprechen. Kurz darauf wurde bekanntgegeben, dass die beiden diese Initiative unterstützt haben.

Der Leiter der ukrainischen Stiftung „Demokratische Initiativen“, Alexej Garan, führt die Fortschritte beim Thema Gefangenenaustausch auf die jüngsten Treffen des russischen Präsidentenassistenten Wladislaw Surkow und des amerikanischen Ukraine-Beauftragten Kurt Volker zurück. „Aus den Erklärungen Volkers kann man schließen, dass die USA eine aktive und harte Position eingenommen haben. Die russische Seite will ihre Bereitschaft zu Kompromissen zeigen. Und der Gefangenenaustausch ist eine Frage, bei der die Seiten sich auf Zugeständnisse einigen könnten.“

Der Politologe stellt fest, dass Viktor Medwedtschuk dank seiner guten Beziehungen mit der russischen Führung in dieser Frage eine wichtige Rolle spielen. Aber selbst wenn er die Regelung dieser schwierigen Frage voranbringen könnte, würde das seine politischen Positionen in der Ukraine kaum voranbringen.

„Medwedtschuk hat eher negative Spuren in der ukrainischen Politik hinterlassen“, betont er. Unter Präsident Leonid Kutschma sei Medwedtschuk Präsidialamtschef und damit die „graue Eminenz“ gewesen, und seine Aktivitäten hätten am Ende zu den Aktionen „Ukraine ohne Kutschma“ und zur so genannten „Orangen Revolution“ geführt. Unter Viktor Janukowitsch sei Medwedtschuk vehement gegen die EU-Integration der Ukraine aufgetreten, erinnert Garan weiter. Und nachdem Kiew die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit Brüssel verweigert habe, sei der so genannte „Euro-Maidan“ ausgebrochen.

„Medwedtschuk ist unpopulär, er hat kein Charisma“, stellt der Politologe fest. Der Politiker könne kein nationaler Führer werden, aber die Meinung der ukrainischen Wähler gewissermaßen beeinflussen, schließt Garan nicht aus.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31833/76/318337645.jpg>

dnr-news.com: Kutschma bewertete Russlands Vorschlag für UN-Friedenstruppen im Donbass

Der Vorschlag der RF zur Einführung einer Friedensmission der UNO nur entlang der Abgrenzungslinie im Donbass führt zur „Schaffung einer neuen Grenze mit der Ukraine“, erklärte am Freitag der Vertreter Kiews bei den Verhandlungen der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk Leonid Kutschma.

„Die wichtigste Position der Ukraine sollte unverändert bleiben - die Friedenstruppen sollten auf dem Gebiet der gesamten Ukraine sein, inklusive der russisch-ukrainischen Grenze. Aber das, was Russland vorschlägt – das ist die Schaffung einer neuen Grenze zur Ukraine“, sagte Kutschma.

Kutschma merkte an, dass er gegenwärtig keine Perspektive der Regulierung des Konflikts sehe.

„Ich sehe das nicht. Mit solchen Aktionen, die ablaufen, gibt es keine Chance zur Erreichung des Friedens in dieser Region der Ukraine“, sagte Kutschma.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1510927440_1497100299.jpg

de.sputniknews.com: „Russischer Troll“ entpuppt sich als schottischer Wachmann mit „furchtbarem Englisch“

In einem Artikel hat sich ein britischer Journalist mit der Frage befasst, wie man einen „russischen Troll“ identifiziert, schreibt die schottische Zeitung The Scotsman. Bei seiner Analyse ist ihm aber offenbar ein gravierender Fehler unterlaufen.

Wie benimmt sich ein russischer Troll? Nach Meinung des unabhängigen britischen Journalisten James J. Patrick spricht ein solcher ein furchtbares Englisch, hat mehrere Accounts und befasst sich öfter mit „russischen Themen“. Und was macht ein russischer Troll noch? Richtig: Er kommentiert Posts über russische Trolle. Dafür schrieb der Brite auch gleich in seinem Twitter: „Ich habe eine Analyse über russische Brexit-Trolle und Bots gestartet. Es ist alles noch schlimmer, als wir uns gestern noch denken konnten“, schrieb er. Nachdem Patrick diesen Köder auslegte, tappte auch bald ein „Troll“ in seine Falle:

„Wieso sollten sich denn russische Leute nicht in unsere Wahlen einmischen, wenn wir uns in die katalanischen, amerikanischen, russischen, syrischen und ukrainischen einmischen?“, kommentierte ein User unter dem Nickname Smoo in schlechtem Englisch.

Ohne auf eine Diskussion einzugehen, untersuchte Patrick aber kurzerhand den Troll-Account und war sich kurze Zeit sicher: Dieses Geschöpf kommt nicht wie angegeben aus Schottland, sondern gehört zu einer russischen Gattung. Erstens würde sich der Troll in seinem Twitter öfter mit der russischen Außenpolitik oder mit „für Schotten ungewöhnlichen Themen“ (Pizzagate, Islam, Migration) befassen, zweitens seien auch seine Englischkenntnisse „furchtbarer“ als es in Schottland der Fall sei. „Ich habe noch nie gesehen, dass eine Schotte ‘wot, statt ,what‘ schreibt“, so Patrick.

Allerdings hatte der Journalist wohl nicht damit gerechnet, dass die in Edinburgh beheimatete Tageszeitung „The Scotman“ sich mit dem Mann kurzerhand in Kontakt setzt. Wie sich herausstellte, handelt es sich bei dem Mann aber tatsächlich nur um einen Schotten, der sich sehr wunderte, als er von den Anschuldigungen erfuhr.

„Die Leute müssen meiner Meinung nicht zustimmen, aber das macht mich noch lange nicht zu einem russischen Troll“, sagte der etwas über vierzigjährige Schotte. Er habe nie vorgehabt, seine Identität vor irgendjemandem geheim zu halten – schließlich werde er auch im Alltag beim Necknamen Smoo genannt.

Er arbeite als Wachmann in Glasgow, und in seiner 12-stündigen Schicht habe er nichts Besseres zu tun, als im Internet zu surfen. Um die Zeit schneller vergehen zu lassen, habe er sich auch mehrere Twitter-Blogs zugelegt. Sein Interesse für Politik brachte er jedoch mit dem Referendum über die Unabhängigkeit von Schottland im Jahr 2014 in Zusammenhang. Und das „furchtbare“ Englisch: Er sei ja immerhin ein Schotte. Ein Troll, aber kein russischer.

Dnrsovet.su: Das Prinzip des Austausches „alle gegen alle“ haben auch die „normannische Vier“ auf allen Ebenen, darunter der Präsident der Ukraine, unterstützt, erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin in einer Sendung des Programms „Westi“ beim russischen Fernsehsender „Rossija 24“.

„Der Konflikt ist noch nicht beendet und die Liste der Gefangenen wird von Seiten der Ukraine ständig aufgefüllt – es erscheinen neue politische Gefangene. Deshalb wurde in der Untergruppe zu humanitären Fragen eine Vereinbarungen getroffen, dass alle Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt festgestellt wurden, ausgetauscht werden. Das heißt nicht, dass dies die letzte Etappe ist. Diese wird erst dann beginnen, wenn der Konflikt geregelt ist und es möglich sein wird, über eine vollständige Erfüllung des Prinzips „alle gegen alle“ zu sprechen“, sagte Puschilin.

Nach seinen Worten versucht Kiew ständig verschiedene Ausreden zu finden, um Gefangene nicht zu übergeben, und verändert die Beschuldigungen der festgehaltenen Personen in schwerwiegendere.

„Absolut jeder politische Gefangene wird in der Ukraine in einen Menschen verwandelt, dem schwere Verbrechen vorgeworfen werden. Dafür kann man bei ihm Waffen oder Granaten „finden“ und er wird sofort zu einem Verbrecher, der angeblich nicht mehr ausgetauscht werden kann.

Zum Vergleich: alle bei uns festgehaltenen Personen sind Menschen, die auf dem Kampffeld mit der Waffe in der Hand festgenommen wurden, Menschen, die die Zivilbevölkerung vernichtet haben. Ist das nicht ein äußerst schweres Verbrechen? Dennoch sind wir bereit, sie zu übergeben. Aber die ukrainische Seite versucht selbst politische Gefangene „umzuwidmen“ und nicht zu übergeben.

Das ist ein grundlegendes Problem, das zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgetaucht ist. Früher hat die Ukraine Menschen übergeben, die unter schwerwiegenden Paragraphen beschuldigt wurden, und es war für sie kein Problem und hat ihre Gesetzgebung nicht verletzt. Jetzt verzögert Kiew diesen Prozess maximal und nur die aktive Einmischung von Seiten des Präsidenten der RF wird die Situation möglicherweise dahin bringen, dass wir bis Ende des Jahres einen großen Austausch erreichen können“, fügte der Bevollmächtigte hinzu.

ukrinform.ua: Moskau lehnt Austausch von Häftlingen mit Ukraine ab

Der zur Zeit diskutierte Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ hat mit dem Austausch von Häftlingen zwischen Russland und der Ukraine nichts zu tun.

Das erklärte laut der russischen Nachrichtenagentur TASS, Putins Pressesprecher Dmitri Peskow. „Es wird vorerst nicht geben“, sagte Peskow. Der Sprecher sagte weiter, dass Wladimir Putin „einen gewissen Einfluss“ auf die „Volksrepubliken“ habe. Putin habe das nie verborgen. Er habe diesen Einfluss auf Aufruf von Wiktor Medswedtschuk, zum Gefangenenaustausch beizutragen, ausgeübt.

Wladimir Putin, hatte dem am 15. November dem Leiter der Organisation „Ukrainische Wahl“, Wiktor Medswedtschuk versprochen, mit den Anführern der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ über den Gefangenaustausch zu sprechen. Das Gespräch mit Alexandr

[Sachartschenko und Igor Plotnizki fand am gleichen Tag statt.](#)

de.sputniknews.com: **Ukraine und Donbass tauschen alle Gefangenen noch vor Jahresende aus**

Der Gefangenenaustausch zwischen den Republiken im Donezbecken und der Ukraine soll laut Vertretern der Volksrepubliken bis zum Neujahr stattfinden, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Freitag.

Laut Vertretern der Führung der Volksrepubliken wäre dieser Prozess ohne die Vermittlung des russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht vom toten Punkt zu bewegen gewesen. Zudem wollen Donezk und Lugansk nicht auf einen nur teilweisen Austausch eingehen. Sie sind sich sicher, dass sie die ukrainische Seite zur Freilassung aller auf der Liste stehenden Personen bewegen können, darunter ehemalige Kämpfer der Berkut-Einheiten und politische Gefangene.

Am 15. November fanden in Minsk Verhandlungen der Kontaktgruppe statt, bei denen die Seiten den Gefangenenaustausch nicht vereinbaren konnten. Die ukrainische Delegation und Vertreter der Republiken warfen einander Verzögerung vor. Am selben Tag bat der Anführer der allukrainischen Bewegung „Ukrainische Wahl – Recht des Volkes“ und Sondergesandter für humanitäre Fragen in der Kontaktgruppe, Viktor Medwedtschuk, den russischen Präsidenten Wladimir Putin beim persönlichen Treffen nahe Moskau, mit den Anführern der Volksrepubliken zu sprechen.

Laut dem Chef der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, rief Putin dazu auf, sich an Prinzipien der Menschlichkeit zu halten. Anschließend waren in der Ukraine und im Donezbecken positive Verkündigungen über die Bereitschaft zum Austausch zu hören. Was konkret Putin zu Sachartschenko und dem Leiter der Volksrepublik Lugansk, Igor Plotnizki, sagte, ist nicht bekannt. Wie jedoch der Vorsitzende des Volksrats der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin sagte, hätte der Prozess ohne Vermittlung Putins nicht beginnen können.

„Russland ist ein kontinuierlicher Vermittler bei der Regelung des Konfliktes. Angesichts der Tatsache, dass Russlands Präsident dieser Frage auf Bitte Medwedtschuks persönlich Zeit widmete, entstanden große Aussichten auf den Gefangenenaustausch vor Jahresende, der seit langem von der ukrainischen Seite torpediert wird. Es sind bereits Fortschritte zu erkennen“, sagte Puschilin.

Die größte Beanstandung der ukrainischen Seite bestehe darin, dass die Volksrepubliken die Freilassung unter anderem jener fordern, die „an der Anti-Terror-Operation nicht beteiligt sind“, beispielsweise die ehemaligen Mitarbeiter der Berkut-Einheit.

„Zu unseren Listen gehören Menschen, darunter politische Gefangene, die mit dem Konflikt im Donezbecken verbunden sind. Dort gibt es Berkut-Mitarbeiter, die bis zum letzten Zeitpunkt Befehle der Führung erfüllten und ihrem Eid treu blieben. Sie versuchten als Einzige, den Regierungssturz in der Ukraine zu verhindern. In den Listen gibt es auch Betroffene der schrecklichen Ereignisse in Odessa am 2. Mai 2014 und viele andere politische Gefangene. Außer uns kann sie niemand schützen. Deswegen fordern wir ihre Freilassung“, sagte Puschilin.

Der Anruf Wladimir Putins bei den Chefs der Volksrepubliken beschleunigte den Prozess und schuf eine Situation, in der es der Ukraine schwerer fallen wird, den endgültigen Beschluss zu einem umfassenden Gefangenenaustausch zu sabotieren, wie der Berater des Anführers der Volksrepublik Lugansk, Rodion Miroshnik berichtete. Ihm zufolge kann Kiew nun keine Menschen mehr von der Liste streichen, die es zur psychologischen Druckausübung auf die Republiken festhalten wollte.

Inzwischen kündigte Kiew ebenfalls die Bereitschaft an, mit dem Gefangenenaustausch zu beginnen. SBU-Sprecherin Jelena Gitljanskaja sagte, dass die ukrainische Seite zum Alle-gegen-Alle-Austausch bereit sei und jede Initiative begrüße, die den Menschen helfen würde, nach Hause zurückzukehren.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen,
Wochenrückblick)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen **70 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, mit Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, Schützenpanzern, Abwehrgeschützen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 1195 Geschosse abgeschossen. Im Vergleich zu letzten Woche hat sich die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 20 vermindert, aber in Bezug auf die abgeschossenen Geschosse hat sich die Intensität praktisch nicht verändert.

Im Verlauf der letzten Woche wurden die Gebiete folgender Ortschaften von den Kiewer Truppen beschossen: **Kalinowka, Logwinowo, Losowoje, Nishneje Losowoje, Sansharowka, Kalinowo, Molodjoshnoje, Almasnaja, Frunse, Shelobok, Dolgoje, Rajewka, Sholtoje, Sokolniki, Krasnyj Jar und das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja.**

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Grusewitsch, der Kommandeur der 10. Gebirgsturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte Subanitsch, der Kommandeur der 58. mechanisierten Brigade Oberst Drapatyj, der Kommandeur der 80. Luftsturmgruppe Oberst Schworak.

Die ukrainischen Soldaten verstärken weiter aktiv technisch ihre Positionen. Von uns wurden Verstärkungen alter und die Schaffung neuer Positionen im Gebiet des Swetlodarsker Bogens sowie im Gebiet von Luganskij festgestellt.

Die Aufklärung der Volksmiliz hat eine Zufuhr von Material zu den Positionen der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Lopaskino, Sisoje, Luganskoje und Troizkoje festgestellt.

Außerdem werden Arbeiten zur Befestigung der Positionen im 16. Bataillon der 58. Brigade im Gebiet südlich von Krysmkoje durchgeführt.

Die **Situation** entlang der gesamten Kontaktlinie **hat sich verschärft**. Am „heißesten“ bezüglich der Zahl von Beschüssen bleibt das Gebiet der Bachmutker Straße.

Neben täglichen Beschüssen unseres Territoriums haben die ukrainischen Truppen die **Diversions- und Erkundungsaktivitäten** in dieser Richtung verstärkt. Diversions- und Erkundungsgruppen führen während der dunklen Tageszeit eine Erkundung der Örtlichkeiten durch.

Nach unseren Informationen ist das **Ziel dieser Aktivitäten** neben der **Sammlung von Aufklärungsdaten** die **Verminung der anliegenden Örtlichkeiten**.

Im Verlauf von Schussübungen des Personals einer Antipanzerartillerieabteilung der 44. Artilleriebrigade unter Führung des Brigadekommandeurs Oberst Baranow mit einem 100mm-Geschütz MT-12 „Rapira“ auf dem Übungsplatz im Gebiet von Dmitrowka wurden die Sicherheitsanforderungen grob verletzt, in der Folge wurden drei Soldaten verletzt. Sie starben auf dem Weg ins Krankenhaus.

Im Zusammenhang mit der Ankunft des neuen Kommandeurs der „ATO“ Generalleutnant Michail Sabrodskij hat die Intensität der Beschüsse der Volksrepublik zugenommen und dies stellt sowohl das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination als auch die OSZE-Mission fest.

Wenn man eine Analyse der Beschüsse durch die ukrainischen Truppen durchführt, kann man den Schluss ziehen, dass sie keinen selektiven Charakter tragen. Unter Beschuss geraten sowohl die Positionen unserer Einheiten als auch friedliche Ortschaften. All dies zeugt von der Unprofessionalität und der mangelnden Ausbildung des kommandierenden Personals und

der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

Nach den Ergebnissen der Arbeit einer Kommission des Stabs der „ATO“ in der 58. Brigade vom 5. bis zum 8. November 2017 wurde entdeckt, dass das moralisch-psychische Niveau der Soldaten der Brigade kritisch ist und die Personalausstattung der Einheiten beträgt 50% des normalen.

Diese Fakten verweisen darauf, dass von den ukrainischen Kommandeuren der Einheiten, die sich in der „ATO“-Zone befinden, nur der Gewinn gefördert wird und das unterstellte Personal, das die ständigen Geldabzüge, Erniedrigungen und Beleidigungen leid ist, verlässt eigenmächtig den Dienort oder begeht Selbstmord.

Neben einer unzureichenden materiell-technischen Ausstattung der Verbände und Truppenteile in der „ATO“-Zone fehlt praktisch auch die medizinische Versorgung des Personals.

Es ist ein **Mangel an elementaren Medikamenten** zu bemerken. Im Zusammenhang damit haben in den Einheiten seit Anfang November **Erkältungskrankheiten** die Epidemieschwelle erreicht und es wurden auch **zahlreiche Fälle von Lungenentzündungen** festgestellt, die die Kommandeure „vergessen“, dem übergeordneten Kommando zu melden. Es ist bekannt, dass das 59. militärmedizinische Hospital in Nowoajdar mit an Lungenentzündung erkrankten Soldaten überfüllt ist, die nicht nur in den Zimmern liegen, sondern auch in den Fluren und Hilfsräumen.

Abends:

ukrinform.ua: Korrespondent von Radio Ukraine in Weißrussland festgenommen
Der eigene Korrespondent von „Radio Ukraine“, Pawel Scharoiko, ist in Weißrussland festgenommen worden.

Das gab am Freitag Chef der Nationalen Rundfunkgesellschaft, Zurab Alasania, auf Facebook bekannt. Scharoiko ist laut Alasania Staatsbürger der Ukraine. Die weißrussische Botschaft antwortet auf Anfragen der Rundfunkgesellschaft nicht, schrieb er. Nach inoffiziellen Angaben lautet der Vorwurf gegen den Journalisten „standardgemäß für ausländische Korrespondenten“ Spionage, teilte Alasania weiter mit.

Die Redakteurin von „Radio Ukraine“, Switlana Mjalyk, bestätigte die Festnahme. Die Ehefrau von Scharojko habe mitgeteilt, dass die Festnahme am 25. Oktober in Minsk stattfand. Auch die Wohnräume seien durchsucht worden

Dan-news.info: Die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa fürchtet um das Leben und die Gesundheit der in Mariupol unter dem Verdacht des Mordes an dem Oberst des SBU Alexandr Charaberjusch festgenommenen Donezkerin Julija Prosolowa. „Wir sorgen uns darum, ob Julija Prosolowa am Leben ist, und falls ja, in welchem Zustand sie sich befindet. Sie wurde am 19. Oktober von Mitarbeitern des SBU festgenommen. Seitdem konnten sie weder Mitarbeiter internationaler gesellschaftlicher Organisationen, darunter der IKRK und die UNO noch ihr Verteidiger, noch ihre Mutter, die nach Kiew gefahren ist, um ihr Kleidung und Medikamente zu übergeben, besuchen“, sagte Morosowa. Sie unterstrich, dass die ukrainische Regierung den Verwandten der jungen Frau die dem Gesetz entsprechende Übergabe der persönlichen Dinge der jungen Frau verweigert hat und dies mit „Befehl von oben“ begründet hat.

ukrinform.ua: Medien: Weißrussischer Söldner bekommt zwei Jahre Freiheitsstrafe für

Donbass

Das Gomeler Gebietsgericht von Weißrussland hat gegen einen Einwohner von Retschyza, der nach inoffiziellen Angaben auf der Seite der Terrororganisation „DNR“ (selbsterklärte „Volksrepublik“ – „DNR“) gekämpft hat, das Urteil verkündet, ließ naviny.by berichten. „Er wurde für die Beteiligung „auf dem Territorium eines fremden Staates an der bewaffneten Formation einer der Konfliktparteien, sowie am bewaffneten Konflikt, an den Kampfhandlungen ohne Genehmigung des Staates für schuldig erklärt“, heißt es im Bericht. Laut der Meldung hat der Einwohner von Retschyza eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf der Grundlage des Abschnitts 1 des Artikels 361-3 des Strafgesetzbuches von Weißrussland erhalten.

Inoffiziell ist es bekannt, dass es um die Beteiligung an der bewaffneten Formation geht, die auf dem Territorium der selbsterklärten „DNR“ kämpfte.

de.sputniknews.com: „Erpressung“ – Ukrainischer Premier empört über ungarische Ansprüche

Bereits mehrmals haben verschiedene ungarische Politiker zu verstehen gegeben, dass sie einen Teil der Ukraine als Siedlungsgebiet ethnischer Ungarn betrachten und daher eine Autonomie dieser Regionen unterstützen würden. Nun hat der ukrainische Premierminister Wladimir Groisman empört auf Budapests Forderungen reagiert.

Groisman hat dem ungarischen Vize-Premier Zsolt Semjén Erpressung in Bezug auf die Forderung nach einer Autonomie für die ungarische Minderheit in der Ukraine vorgeworfen. Er hob hervor, dass die Ukraine „ein toleranter, demokratischer Staat“ sei, der die Rechte aller Minderheiten auf seinem Staatsgebiet unterstütze. Gleichzeitig merkte er an, dass Ukrainisch die wichtigste Sprache in dem Land sei und von absolut allen Bürgern der Ukraine akzeptiert werden müsse.

„Wir, als ein großer Staat mit 45-Millionen Einwohnern, werden niemandem erlauben, mit uns im Erpressungsmodus zu sprechen“, sagte der ukrainische Premier in einer Fernsehsendung.

Zuvor hatte Semjén erklärt, dass alle Ungarn im Ausland, darunter auch jene im ukrainischen Transkarpatien, ein Recht auf eine Autonomie und die ungarische Staatsbürgerschaft hätten. Die ungarische Staatsbürgerschaft sei nicht nur eine „emotionale Frage, sondern auch eine existentielle“. Schließlich gehe es hierbei auch um die Reisefreiheit, die ungarische Landsleute in dem Fall hätten.

Ebenfalls kritisierte Semjén scharf das neue ukrainische Bildungsgesetz, das ethnischen Minderheiten und deren Kindern die Bildung in der eigenen Muttersprache signifikant erschwert.

Sollte Kiew dieses Gesetz nicht zurückziehen, werde Ungarn verschiedene Schritte gegen die Ukraine einleiten, darunter könnte etwa die Rücknahme der Zustimmung für das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU fallen oder die Blockade anderer ukrainischer Initiativen mit Brüssel, so der ungarische Premier.

Dan-news.info: „Gemäß einer Information von der Beobachtergruppe des GZKK „Gorlowka“ wurden von Mitgliedern der spiegelbildlichen Patrouille der OSZE-Mission und Vertretern des GZKK am 17. November zwischen 12:29 und 12:35 zwölf Schüsse mit Granatwerfern aus südwestlicher Richtung in Richtung Nowgorodskoje festgestellt. Wir merken an, dass in diesem Gebiet die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten zur Verstärkung des Damms des Schlammbehälters der Phenolfabrik stattfinden“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Dies ist bereits die zweite Verletzung der von Kiew gegebenen Sicherheitsgarantien für die Reparaturarbeiten am Schlammbehälter.

ukrinform.ua: Vizechef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug reist in besetzte Gebiete der Ostukraine

Der Vizechef der Beobachtermission, Alexander Hug, wird vom 19. bis 25. November in die Ostukraine reisen.

Das gab die Pressestelle der Sonderbeobachtermission (SMM) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Ukraine bekannt. Hug wolle sich unter anderem mit den Anführern „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“, Alexandr Sachartschenko und Igor Plotnizki, treffen. Er sei bereit, mit ihnen „die örtliche Sicherheitslage, Stand der Umsetzung von Minsker Vereinbarungen und Verhinderungen bei der Tätigkeit der Beobachtermission zu besprechen“

de.sputniknews.com: Russland, Iran und Türkei korrigieren Syrien-Politik mit Blick auf Kurden und USA

Syrische Oppositionelle, die einen Friedensdialog einst vehement abgelehnt haben, wollen jetzt verhandeln – ein Beitrag Russlands, des Irans und der Türkei zur Lösung des Syrien-Konflikts, wie das Portal „rueconomics“ schreibt. Die Staatschefs dieser Länder treffen sich bald in Sotschi.

Die syrischen Oppositionellen sehen das Ende des Krieges kommen und „haben Angst, ins Abseits der syrischen Politik zu geraten“, sagte der Nahost-Experte Wladimir Sotnikow von der Russischen Akademie der Wissenschaften dem Portal.

Dies zeige noch einmal: Russland, der Iran und die Türkei seien „sehr rechtzeitig“ als Garanten der friedlichen Regulierung des Syrien-Konflikts aufgetreten. Denn „Ende 2016 wurde klar, dass die zahlreichen Gesprächsrunden in Genf unter der Ägide der Vereinten Nationen kein Ergebnis bringen werden“, erinnert der Experte.

Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, dass sich die Staatschefs der drei Garanten trafen – „genau jetzt ist das Treffen notwendig“, sagt der Nahost-Experte.

„Die Kriegsphase im Kampf gegen die Terroristen geht dem Ende zu. Es ist notwendig, die Verfahren der politischen Regulierung und des Dialogs auszuarbeiten, die syrische Regierung und die versprengte Opposition an einen Verhandlungstisch zu bringen.“

Und dann sei da noch der „amerikanische Faktor“, betont Sotnikow: „In Washington hat man begriffen, dass man vom Verhandlungsprozess ausgeschlossen werden könnte, Nun sucht man nach Wegen, doch noch darauf Einfluss nehmen zu können.“ Die Vereinigten Staaten versuchen laut dem Analysten, über die Genfer Gespräche beim syrischen Regulierungsprozess mitzumachen.

Das russische Außenministerium sprach indes von der „Notwendigkeit eines Neustarts“ der Verhandlungen in Genf – was da heißt: „Der Kreml hat nichts dagegen, die US-Amerikaner in den Dialog einzubeziehen. Niemand schließt die USA aus. Doch die harte Linie des Weißen Hauses gegenüber Russland und dem Iran wie auch das ungeklärte Verhältnis zur Türkei stiften bei den drei Garanten nicht gerade mehr Vertrauen gegenüber Washington“, sagt der Experte.

Ein neuer „Spannungsfaktor“ in der Region sei die Position der Kurden, die in letzter Zeit „mit US-Unterstützung“ deutlich erstarkt sei, schreibt das Portal. Für die USA seien die syrischen Kurden-Verbände Verbündete im Kampf gegen die Islamisten. Die Garanten-Troika werde dieses Thema keineswegs umschiffen können.

„Washington hat angekündigt, seine Truppen selbst nach dem Ende des Krieges aus Syrien nicht abzuziehen zu wollen. Die Kurden werden höchstwahrscheinlich zu einem langfristigen Faktor in Syrien. Es führt kein Weg an dieser Frage vorbei“, sagte der Nahost-Experte.

Dass die syrischen Oppositionsgruppen sich eine politische Zukunft sichern wollen, gebe jedoch Hoffnung auf einen erfolgreichen Ausgang der politischen Regulierung des Syrien-Konflikts. „Sie verstehen: Die Fortführung des Bürgerkriegs wird bei den Garanten auf wenig

Verständnis stoßen. Das ist die Kernfrage, die die Staatschefs Russlands, des Irans und der Türkei in Sotschi besprechen werden“, sagt der Analyst.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31834/01/318340142.jpg>

Dnr-online.ru: Gemäß Informationen des Grenzschutzdienstes der DVR befanden sich am Abend des 17. November mehr als 400 Menschen auf dem Territorium der neutralen Zone zwischen den Grenzposten des Kontroll- und Passierpunktes „Majorsk“ und „Gorlowka“ nach dem Ende der Arbeitszeit.

Diese kritische Situation entstand deswegen, weil die ukrainischen Grenzschützer trotz der Vereinbarungen über die Winterregelungen vorsätzlich Menschen in Richtung des die Arbeit um 18:00 beendeten KPP „Gorlowka“ passieren ließen und so vorsätzlich friedliche Einwohner einer Gefahr aussetzten.

Um die entstandene Situation zu lösen, wurde die Arbeitszeit des KPP von Seiten der DVR operativ verlängert. Von der Verwaltung von Gorlowka und dem Zivilschutzministerium der DVR wurden Busse zur Verfügung gestellt, dank derer 450 Menschen die Kontaktlinie wohlbehalten überqueren konnten“, teilt die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

Wir merken an, dass dies nicht der erste derartige Fall ist. Wir rufen die OSZE-Mission auf, auf die menschenfeindlichen Verhaltensweisen der ukrainischen Seite in Bezug auf die friedlichen Einwohner des Donbass zu reagieren.